

EIN FRAGMENTIERTES EUROPA IN EINEM LABILEN KONGO

Die Demokratische Republik Kongo ist von Gegensätzen geprägt: Einem Überfluss an Bodenschätzen einerseits steht etwa ein eklatanter Mangel an stabilen und legitimen staatlichen Strukturen andererseits gegenüber. Zahlreiche europäische Akteure unternehmen im Kongo Anstrengungen zur Unterstützung in den Bereichen Sicherheit, Staatsführung, Entwicklung sowie soziale und wirtschaftliche Infrastruktur. Die Wirksamkeit dieser Massnahmen wird jedoch häufig durch einen Mangel an Kohärenz, an ausreichenden lokalen Kenntnisse und an politischer Konstanz unterminiert. Notwendig ist eine strategischere Vorgehensweise.



In der DR Kongo prallen unterschiedliche Agenden aufeinander: Der französische Präsident Nicolas Sarkozy auf Staatsbesuch in Kinshasa, 26. März 2009. REUTERS / Pool New

Die Demokratische Republik Kongo (DR Kongo) ist wichtig. Das Land ist rund zehnmal so gross wie Grossbritannien und hat über 71 Millionen Einwohner, die über 200 Volksgruppen angehören. Es verfügt über zahlreiche natürliche Ressourcen wie Metalle, Mineralien, Wälder und Erdöl und liegt strategisch günstig im Zentrum Afrikas. Diesem Reichtum stehen jedoch extreme Korruption, fehlendes Wirtschaftswachstum, die auch nach der formellen Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen im Jahr 2003 anhaltende Instabilität sowie die ständig drohende Gefahr regionaler Unruhen gegenüber.

Mit einem Pro-Kopf-Jahreseinkommen von ca. 189 US-Dollar (2010) gehört die DR Kongo zu den ärmsten Ländern der Welt und

rangiert am unteren Ende des UNO-Entwicklungsindex. In den Kivu-Provinzen im Osten gefährden bewaffnete Milizen wie die *Forces Armées RDS* (FARDC), die von den Hutu dominierten *Democratic Forces for the Liberation of Rwanda* (FDLR) und der von den Tutsi dominierte *Congress for the Defence of the People* (CNDP) nach wie vor die Stabilität des Landes. Im Nordosten bedroht die ugandische Rebellenarmee *Lord's Resistance Army* (LRA) weiterhin massive Menschenrechtsverletzungen. Internationale und regionale Bemühungen zum Abschluss von Friedensabkommen sind bisher praktisch ergebnislos geblieben.

Was die DR Kongo am dringendsten benötigt, sind transparente staatliche Strukturen zur Gewährleistung der Sicherheit der

Bevölkerung und zum Schutz der natürlichen Ressourcen. Ein wichtiger Schritt erfolgte 2006, als zum ersten Mal seit über 40 Jahren international als glaubwürdig eingeschätzte Mehrparteienwahlen abgehalten wurden. Für November 2011 sind erneut Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vorgesehen. Sie werden einen Hinweis darauf geben, ob im Kongo die Entwicklung in Richtung Stabilität und Wiederaufbau auf dem richtigen Weg ist. Die anhaltenden inneren Unruhen sowie die Verzögerung bei den Wahlvorbereitungen geben keinen Anlass zu optimistischen Prognosen. Die internationale Staatengemeinschaft hat sich bisher nur zögerlich an den Wahlvorbereitungen beteiligt. Grössere Anstrengungen sind notwendig um zu vermeiden, dass die Wahlen den Kongo sowie die gesamte Region der Grossen Seen destabilisieren und so die Ergebnisse jahrelanger Wiederaufbauarbeit gefährden.

Der Kongo braucht vor allem im Bereich der Regierungsführung Unterstützung, um politisch und wirtschaftlich Tritt zu fassen. Zentral ist die Verwaltung der natürlichen Ressourcen. Derzeit gibt es Bemühungen zur Regulierung des Holz- und Mineralienhandels, des privatisierten Erzabbaus und der Erdölförderung. Doch in einem Land für Stabilität zu sorgen, das am Rande des Kollapses steht und in welchem Präsident Joseph Kabila immer stärker durch Oppositionsparteien und Antiregierungsbewegungen herausgefordert wird, bedingt mehr als ein halbherziges Engagement. Dies gilt sowohl für die innenpolitischen als auch für die internationalen Bemühungen.

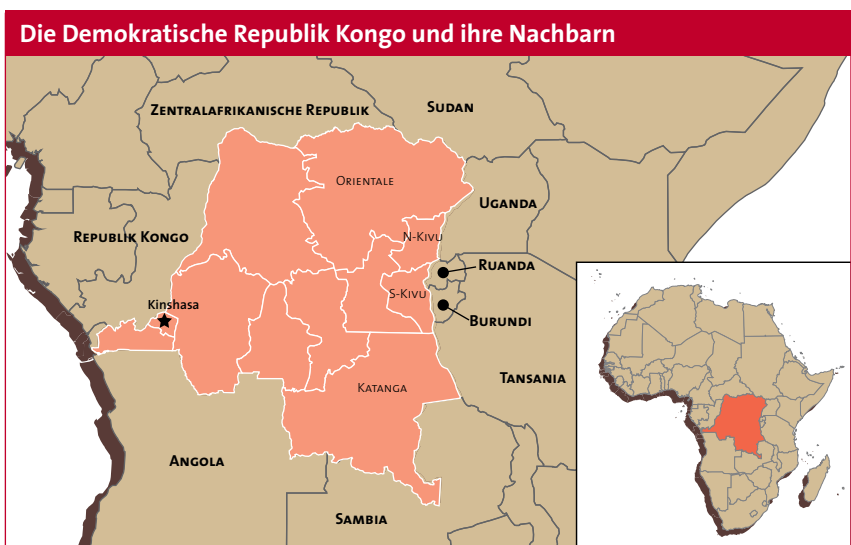
Die Europäer haben sich im Kongo in den Bereichen Entwicklungskooperation, humanitäre Hilfe und institutionelle Reformen vielseitig engagiert. Eine Zwischenbilanz offenbart jedoch mehr offene Baustellen als konkrete Fortschritte. Dem europäischen Engagement fehlt es an Kohärenz und strategischer Ausrichtung. Zudem messen andere internationale Akteure den Prinzipien der *Good Governance* weit weniger Bedeutung zu. Angesichts der bevorstehenden Wahlen ist es für Europa höchste Zeit, seine Politik zu überdenken und anzupassen.

Europa in der DR Kongo: Viel Lärm um nichts?

Als wichtigster Exportpartner der DR Kongo für Rohstoffe wie Diamanten, Edelmetalle, Kaffee, Erdöl oder Holz ist der Einsatz der Europäischen Union (EU) zugunsten einer politischen Stabilisierung nicht überraschend. Europa setzt sich im Kongo stark für politische, wirtschaftliche, soziale und humanitäre Verbesserungen ein. Das Engagement basiert auf der Überzeugung, dass eine «Gute Regierungsführung» über alle Sektoren hinweg der Schlüssel zur Senkung der Armut, zur Verbesserung der humanitären Situation sowie zur Ankerbelung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums darstellt – kritische Faktoren in ressourcenreichen, aber politisch instabilen Ländern wie der DR Kongo. Der politische Diskurs zwischen der EU und dem Kongo hat dabei die kommerziellen Beziehungen teilweise beeinträchtigt.

Neben Handelsabkommen und traditionellen Entwicklungsbemühungen in den Bereichen Bildung, Gesundheitswesen und Transport liegt der Schwerpunkt der Aktivitäten der Europäischen Kommission auf dem Wiederaufbau der politischen Infrastruktur des Kongo. Das *Indicative National Programme* im Rahmen des 10. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) für die Jahre 2008–2013 legt im Vergleich mit dem vorangegangenen Programm deutlich mehr Wert auf *Good Governance*. Schwerpunkte liegen auf der Demokratisierung, der Förderung von Menschenrechten sowie auf institutionellen Reformen. Unter der Leitung der EU stehen auch die beiden zivilen Missionen EUPOL DRC und EUSEC DRC. Sie zielen auf die Reformierung der kongolesischen Polizei- bzw. Militärstrukturen ab.

Viele dieser Programme basieren auf früheren Engagements der EU im Kongo. Frieden, Sicherheit und Stabilität bilden seit



Langem die Prioritäten der EU in diesem Land. Seit dem Beginn der EU-Militäroperation «Artemis» im Jahr 2003 ist die EU im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ununterbrochen in der DR Kongo präsent. Beim zivilen Krisenmanagement hat die EU den Schwerpunkt auf die Reform des Sicherheitssektors gelegt und konzentriert sich auf die Bereiche Polizei, Armee und Justiz. 2004 hat sich die EU-Kommission an der Ausbildung einer integrierten Polizeieinheit beteiligt. Dieses Engagement wurde im Rahmen der GSVP mit der Polizeimission «EUPOL Kinshasa» (2005–2007) weitergeführt. Darüber hinaus unterstützen Staaten wie Frankreich, Grossbritannien oder Belgien mit verschiedenen bilateralen Projekten die Bemühungen der EU zugunsten von politischen Reformen und der Reform des Sicherheitssektors.

Dies klingt zwar gut, doch die handfesten Erfolge sind begrenzt. Der Kongo scheint auf der Prioritätenliste der europäischen Politik immer weiter abzurutschen. So entschied Catherine Ashton erst am 2. August 2011, für die Wahlen im November eine Beobachtungsmission zu entsenden. Dies mag wie ein Detail erscheinen, doch steht es symbolhaft für die Defizite der europäischen Kongopolitik.

Fehlende Koordination

Ein zentrales Manko liegt darin, dass die zahlreichen europäischen Aktivitäten im Kongo mehrheitlich unkoordiniert durchgeführt werden. Ob diese die gleiche Stossrichtung verfolgen oder sich widersprechen, ist weitgehend dem Zufall überlassen. Ein kurzer Blick auf die Organisation deckt bereits viele Inkonsistenzen auf: Während die EU-Kommission Massnah-

men zur Förderung der *Good Governance* über ein langfristig ausgerichtetes Budget finanziert, plant der EU-Rat kurzfristig und entnimmt die finanziellen Mittel verschiedenen Budgetposten. Zivile Missionen werden von der Kommission finanziert, während die Kosten von militärischen Operationen von den Mitgliedstaaten getragen werden. Um alles noch komplizierter zu machen, wird auch die EUSEC, eine zivile Mission mit militärischem Schwerpunkt, von den Mitgliedstaaten finanziert.

Klarere Strukturen seitens der EU könnten hier Abhilfe schaffen. Die kurzfristige, technische Umsetzung der Sicherheitsreform sollte im Rahmen der GSVP durchgeführt werden. Die EU-Delegation in der DR Kongo, die im Rahmen des neugegründeten Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) tätig ist, sollte für die längerfristige, politische Unterstützung dieser Projekte zuständig sein. Dies würde die willkürlichen Entscheidungen zur Erweiterung der GSVP-Missionen verhindern. Der Rat und die Kommission sollten komplementäre Funktionen erfüllen, ihre institutionellen und technischen Ressourcen jedoch wo sinnvoll zusammenlegen.

Eine buchstabengetreue Umsetzung des Lissabon-Vertrags würde bedeuten, dass die EU-Delegation die GSVP-Missionen politisch begleitet. Doch integrierte Strukturen sind in der Realität noch Zukunftsmusik. Zwar existieren im Kongo gewisse europäische und internationale Koordinationsplattformen, doch ist darin meist nur die EU-Delegation vertreten, während die Leiter der laufenden GSVP-Missionen übergangen werden. Genutzt werden solche Koordinationsplattformen vor allem durch andere internationale Organisationen (z.B.

Die Schweiz und die DR Kongo

- ▮ Das Gebiet der Grossen Seen (DR Kongo, Ruanda, Burundi) ist eine Schwerpunktregion der Entwicklungszusammenarbeit und der Friedenspolitik der Schweiz. 2010 hat sich der Bund mit knapp 25 Millionen CHF in dieser Region engagiert (DEZA: ca. 21 Mio. CHF, PA IV: ca. 2 Mio. CHF, VBS: ca. 0,8 Mio. CHF).
- ▮ In der DR Kongo liegt der Schwerpunkt aktuell auf Massnahmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und der Humanitären Hilfe (z.B. Gesundheitswesen, Betreuung von Flüchtlingen und Gewaltopfern).
- ▮ Seit 2002 finanziert die Schweiz zusammen mit anderen Geldgebern das landesweit sendende «Radio Okapi» (<http://radiookapi.net>). Ziel ist es u.a., der kongolesischen Bevölkerung Zugang zu sachlichen und unabhängigen Informationen zu ermöglichen.
- ▮ Ein verstärktes Engagement im Rahmen der zivilen Friedensförderung in der DR Kongo wird derzeit evaluiert. Die Schweiz beteiligt sich zudem in Hinblick auf die Wahlen im Herbst 2011 an der Wahlbeobachtungsmission der EU.
- ▮ Die Schweiz stellt der MONUSCO drei Militärbeobachter zur Verfügung. Sie beteiligt sich zudem über ihre Pflichtbeiträge an die friedenserhaltenden Operationen der UNO an der Finanzierung dieser Mission.
- ▮ Die wirtschaftlichen Beziehungen sind begrenzt. 2009 betrug der Wert der Exporte in die DR Kongo ca. 9 Mio. CHF und der Wert der Importe aus der DR Kongo ca. 0,74 Mio. CHF. Aufgrund von UNO-Sicherheitsratsbeschlüssen bestehen auch in der Schweiz Sanktionen gegenüber der DR Kongo (Export von Rüstungsgütern, Finanztransaktionen, Reiserestriktionen).

die *United Nations Organization Stabilization Mission in the Democratic Republic of the Congo* (MONUSCO) und durch bilateral in der DR Kongo tätige Staaten.

Hier liegt ein weiteres Problem: EU-Mitgliedstaaten mit grossen Budgets für den Kongo leisten nur widerwillig einen Beitrag zu GSVP-Missionen. Das Beispiel Grossbritannien illustriert dies. Das hauptsächlich für die Förderung von *Good Governance* vorgesehene Budget in Höhe von 60 Millionen £ übersteigt das Engagement der EU bei Weitem. Andere Mitgliedstaaten wie Belgien oder die skandinavischen Länder nutzen die EUPOL und die EUSEC DRC hauptsächlich dafür, ihre eigene Aussenpolitik in ein gutes Licht zu rücken. Im Kongo spielen alle Staaten nach ihren eigenen Spielregeln.

Notwendigkeit einer Strategie

Die fehlende Strategie und die unterschiedlichen Agenden bilden die Hauptprobleme der europäischen Präsenz in der DR Kongo. Kurzfristiges und langfristiges Denken sind nicht aufeinander abgestimmt. Eine zentrale Ursache dafür sind die fehlenden Kenntnisse in Europa über die politischen, sicherheitsrelevanten und kulturellen Rahmenbedingungen im Kongo.

Trotz häufiger Verweise der EU auf die «Eigenverantwortung» sind die kongolesischen Behörden höchstens halbherzig daran interessiert, die EU-Initiativen in Gang zu halten. Das Misstrauen der Kabila-Regierung gegenüber paneuropäischen Initiativen zeigt sich etwa in den Schwierigkeiten für westliche Akteure

bei der Durchführung von Massnahmen bei der Reform des Sicherheitssektors. Ein Beispiel: Die Integrierte Polizeieinheit, die 2005 von der EU gegründet worden war, existiert nicht mehr. Der Grund dafür liegt darin, dass eine 1000 Mann starke, straff organisierte Polizeieinheit in einem Land wie dem Kongo einen für die lokale Machtbalance viel zu gewichtigen Einflussfaktor darstellte. Obwohl man diese Einheit 2005 ursprünglich zur Unterstützung der aus unterschiedlichsten politischen Gruppen gebildeten kongolesischen Übergangsregierung gegründet hatte, wurde mit der Zeit immer unklarer, welche Autorität die Einheit noch kontrollieren konnte.

Die verschiedenen Aktivitäten der EU-Kommission in den östlichen Provinzen würden ebenfalls von einer ganzheitlichen Strategie profitieren. Das in Goma vertretene Europäische Amt für Humanitäre Hilfe (ECHO) kämpft schon seit Jahren mit Problemen bei seinen Bemühungen, die Binnenvertriebenen aufzuspüren und ihnen Hilfe zukommen zu lassen. Das ECHO betreibt seine humanitär ausgerichtete Arbeit unabhängig von der politischen und ethnischen Zugehörigkeit der Flüchtlinge. Es arbeitet ausserhalb formeller staatlicher Strukturen und unterhält oft auch Kontakte zu Rebellengruppen. Zu den grössten Problemen für das ECHO gehören die Logistik und die Infrastruktur, um die Hilfe an diejenigen Orte zu bringen, wo sie am dringendsten benötigt wird. Genau diese Bereiche würden zu den Prioritäten im Rahmen des 10. Europäischen Entwicklungsfonds gehören.

Die Folgen dieser Fragmentierung der verschiedenen europäischen Aktivitäten liegen auf der Hand. Gute Absichten und einige ernsthafte Bemühungen reichen nicht aus, um die Probleme in einem fragilen Staat wie der DR Kongo nachhaltig zu lösen. Notwendig ist eine Strategie, die ab Planungsbeginn gründliche Kenntnis der lokalen und regionalen Gegebenheiten mit einem engen Dialog zwischen allen relevanten europäischen Akteuren und den kongolesischen Behörden kombiniert. Es macht keinen Sinn, einen Staat aufzubauen, ohne über einen strategischen Ansatz zu verfügen, der auf präzise definierte, realistische Ziele ausgerichtet ist.

Europa muss dringend die Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen EU-Institutionen sowie zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten überdenken. Es genügt nicht, einen EU-Spezialbeauftragten für die Region der Grossen Seen zu ernennen, dies umso weniger, als die Zukunft seines Mandats unsicher ist. Erst wenn die verschiedenen Massnahmen in einem kohärenten Paket vereint sind, können nachhaltige Fortschritte erzielt werden. Nationale und institutionelle Alleingänge sollten vermieden und die verschiedenen Interessen möglichst rasch aufeinander abgestimmt werden.

Der Kongo und die aussereuropäischen Akteure

Während Europa sich in erster Linie darauf zu konzentrieren scheint zu beweisen, dass es fähig ist, stabile Strukturen in fragilen Staaten aufzubauen, bahnen sich andere aufstrebende internationale Akteure einen Weg zu den Rohstoffen des Landes, ohne sich gross um *Good Governance* zu kümmern. Angesichts der vorhandenen Bodenschätze besteht ein enormes wirtschaftliches Interesse am Kongo. Dieser Umstand erklärt, weshalb China in die Infrastruktur für den Transport von Rohstoffen investiert und warum weder die USA noch Südafrika auf Importe aus der DR Kongo verzichten wollen.

Es werden viel Unterstützung, politischer Wille und harte Arbeit notwendig sein, um rohstoffreiche Provinzen wie Kantanga so weit zu entwickeln und zu stabilisieren, dass die politischen Risiken auf ein erträgliches Mass reduziert und solide Handelsbeziehungen aufgebaut werden können. Grundvoraussetzung für ein nachhaltiges Wachstum in der DR Kongo ist die Sicherstellung der makroökonomischen Stabilität durch grössere Transparenz und eine

vernünftige Wirtschaftspolitik. Um insbesondere die einer makroökonomischen Stabilisierung im Weg stehenden fluktuierenden Rohstoffpreise in den Griff zu bekommen, ist eine engere Zusammenarbeit zwischen der EU, China und den USA notwendig.

Umfassende Reformen der staatlichen Strukturen und politische Stabilität sind das Fundament, auf dem der Erfolg der DR Kongo aufgebaut werden muss. Europa ist und bleibt dafür ein zentraler Akteur. Sein Hilfsbudget übersteigt nach wie vor die Entwicklungsinvestitionen anderer, neu in dieser Region tätiger internationaler Akteure. Europa kann sich politisch ein Versagen im Kongo ebenso wenig leisten, wie die Region der Grossen Seen auf Stabilität in Kinshasa verzichten kann. Doch ohne ein grundlegendes strategisches Umdenken sowohl bei den EU-Mitgliedstaaten als auch unter den politischen Akteuren im Kongo selbst läuft die Entwicklung exakt in diese Richtung.

Die kommenden Wahlen sind von entscheidender Bedeutung. Scheitert die Durchführung trotz internationaler und europäischer Unterstützung, so stellt dies einen herben Rückschlag für die Stabilisierung der DR Kongo dar. Läuft bei der Durchführung alles glatt, so ist die Arbeit damit noch nicht getan. Vielmehr muss die mühselige Knochenarbeit zum Aufbau der staatlichen Strukturen koordinierter als bisher weitergeführt werden, sobald die Wahlurnen weggeräumt sind.

I Verantwortlicher Editor:
Daniel Trachsler
analysen@sipo.gess.ethz.ch

I Fachexpertin für diese Analyse:
An Jacobs
jacobs@sipo.gess.ethz.ch

I Bezug und Mailingliste:
www.ssn.ethz.ch

Bisher erschienen

- Nr. 98: Al-Kaida nach den arabischen Umwälzungen und dem Tod Bin Ladins
- Nr. 97: Pakistan nach Bin Ladin: Eine Bestandesaufnahme
- Nr. 96: EU-Aussenpolitik: Neue Strukturen, alte Schwächen
- Nr. 95: Nordkaukasus: Wachsende Instabilität im Süden Russlands
- Nr. 94: Nahostkonflikt: Veränderte Vorzeichen, neue Dynamik
- Nr. 93: Brasilien: Wirtschaftsmacht auf aussenpolitischer Profilsuche
- Nr. 92: Kampf um Kampfflugzeuge: Gewinner und Verlierer
- Nr. 91: Militäreinsatz in Libyen: Die Nato im Dilemma
- Nr. 90: Menschliche Sicherheit: Entstehung, Debatten, Trends
- Nr. 89: Nukleare Abrüstung: Ein hürdenreicher Weg
- Nr. 88: Biotechnologischer Fortschritt als sicherheitspolitische Herausforderung
- Nr. 87: Ziviles Krisenmanagement der EU: Eine Zwischenbilanz
- Nr. 86: NATO und Raketenabwehr: Chancen und offene Fragen
- Nr. 85: NATO-Gipfel: Zukunftsgerichtete Beschlüsse, fragliche Umsetzung
- Nr. 84: Die African Standby Force auf dem Prüfstand
- Nr. 83: Wirtschaftssanktionen: Wunderwaffe oder Blindgänger?
- Nr. 82: Die Nachrichtendienste unter anhaltendem Reformdruck
- Nr. 81: Schweizer Europapolitik: Wohin führt der bilaterale Weg?
- Nr. 80: Privatisierung von Sicherheit: Grenzen militärischer Auslagerung
- Nr. 79: Demokratisierung nach Konflikten: Fallstricke externer Einflussnahme
- Nr. 78: Drohnen: Militärischer Nutzen und politische Debatten
- Nr. 77: Libyenaffäre: Nachbetrachtungen zum Schweizer Krisenmanagement
- Nr. 76: Energiesicherheit: Die Erdgasmärkte im Umbruch
- Nr. 75: Wehrpflicht im europäischen Vergleich
- Nr. 74: Amerikanische Nuklearpolitik: Begrenzter Wandel
- Nr. 73: Die Schwellenmacht Indien vor grossen Herausforderungen
- Nr. 72: Reform des Sicherheitsrats: Ein gordischer Knoten?
- Nr. 71: Cyberwar: Konzept, Stand und Grenzen
- Nr. 70: Brennpunkt Jemen: Schwierige Terrorbekämpfung
- Nr. 69: Europäische Energiepolitik zwischen Versorgungs- und Klimazielen
- Nr. 68: Finnland: Krisenmanagement und Territorialverteidigung
- Nr. 67: Auslandeinsätze der Armee: Stand und Optionen
- Nr. 66: Die Shanghai Cooperation Organisation: Bedeutung für den Westen
- Nr. 65: Die Krise des NVV: Vor der Überprüfungskonferenz 2010
- Nr. 64: Britische Verteidigungspolitik: Strategieprozess und Reformdruck
- Nr. 63: Zivile Friedensförderung: Potenzial und Grenzen
- Nr. 62: Risikokommunikation: Nutzen für die Sicherheitspolitik
- Nr. 61: Schweizer Aussenpolitik 2009: Eine Standortbestimmung
- Nr. 60: Resilienz: Konzept zur Krisen- und Katastrophenbewältigung
- Nr. 59: Iran: Innere Krise und westlicher Handlungsspielraum
- Nr. 58: Ölpreis und Geopolitik: Gewinner und Verlierer
- Nr. 57: Kernenergie auf dem Vormarsch: Die Gefahr der Proliferation
- Nr. 56: Europas östliche Nachbarschaft zwischen russischem Einfluss und Westorientierung
- Nr. 55: Operation Atalanta: Piraterie und Schweizer Sicherheitspolitik
- Nr. 54: Allianz der Widersprüche: Die NATO nach dem Jubiläumsgipfel
- Nr. 53: Atomare Abrüstung: Die USA und Russland verhandeln wieder
- Nr. 52: Strategic Foresight: Antizipation und Handlungsfähigkeit
- Nr. 51: Afghanistan: Neue Strategie und viele offene Fragen
- Nr. 50: Sicherheitspolitischer Bericht: Kernpunkte und Debatten
- Nr. 49: Der Nahostkonflikt nach dem Gaza-Krieg
- Nr. 48: Kampf gegen den Terrorismus: Eine Zwischenbilanz
- Nr. 47: Pakistan: Sicherheitspartner, Atommacht, Krisenherd
- Nr. 46: Frankreichs Weissbuch: Eine neue umfassende Sicherheitsstrategie
- Nr. 45: Wachsende Bedeutung ziviler Akteure in Gewaltkonflikten
- Nr. 44: Schweizer Aussenpolitik: Wandel und Klärungsbedarf
- Nr. 43: Atomstreit mit Iran: Stand und Optionen
- Nr. 42: Comprehensive Approach: Umfassende Ansätze im Krisenmanagement
- Nr. 41: Amerikanische Aussenpolitik unter Bush: Bilanz und Ausblick
- Nr. 40: Sicherheit und Entwicklung: Zwischen Konvergenz und Konkurrenz